



Brexit wird für Briten teuer

Brexit wird für Briten teuer
Das Vereinigte Königreich will wohl bereits im kommenden Jahr über einen Verbleib in der EU abstimmen. Sollte die Mehrheit der Bürger für einen Austritt votieren, hätte das negative Folgen - vor allem für die britische Wirtschaft, zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Seit 1973 ist das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union, doch wirklich euphorische Anhänger der Union waren die Briten nie - man denke nur an Margaret Thatchers berühmte Forderung "I want my money back". Nun also sollen die Bürger über den Verbleib in der EU abstimmen. Die EU-Kritiker versprechen sich von einem Austritt mehr Freiheit und weniger Bürokratie und Regulierung aus Brüssel. Doch die Folgen für die britische Wirtschaft könnten gravierend sein, wie die IW-Analyse zeigt. Sofern die EU keine entsprechenden Zugeständnisse macht, hätte das Vereinigte Königreich nach dem sogenannten Brexit keinen ungehinderten Zutritt mehr zum Binnenmarkt - die EU-Staaten wären wohl kaum geneigt, britischen Firmen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt zu gewähren. Vor allem Banken, Beratungsfirmen, Energielieferanten oder Chemieunternehmen müssten dann mit Handelshemmnissen rechnen: Ohne die Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit könnte es zum Beispiel für britische Staatsangehörige schwieriger werden, in anderen EU-Ländern zu arbeiten, und umgekehrt. Derzeit stammen 5,8 Prozent aller Beschäftigten im Vereinigten Königreich aus einem anderen EU-Staat. Auch die Kapitalverkehrsfreiheit wäre nicht mehr garantiert, von der vor allem der britische Finanzsektor profitiert. Und der ist mit 8 Prozent eine starke Säule der Wirtschaft des Vereinigten Königreichs. Das Ende der Freiheit im Waren- und Dienstleistungsverkehr könnte dazu führen, dass sowohl das Vereinigte Königreich als auch die EU wieder Zölle einführen. Die Gebühren und andere bürokratische Regulierungen würden die Kosten des Handels in die Höhe treiben. Bisher gingen 48 Prozent der britischen Exporte in andere EU-Länder, zugleich kamen 53 Prozent der Importe von den EU-Nachbarn.
Ansprechpartner
Dr. Berthold Busch
Telefon: 0221 4981-762


Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.